

Der Vollzugsdienst

4-5/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Die Unwägbarkeiten der Föderalismusreform sind bekannt

AG Justiz trifft Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley

Seite 7

Pakt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst geschlossen

Politisches Abendessen des dbb Hessen in Wiesbaden

Seite 44

Die Erhöhung der besonderen Altersgrenze ist nicht hinnehmbar

VNSB im Gespräch mit Nds. Finanzminister Reinhold Hilbers

Seite 57

Foto: © bluedesign/AdobeStock



Quo vadis Strafvollzug?

Limburger Urteil gegen Vollzugsbedienstete schockiert

Mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Baden-Württemberg



Brandenburg



Sachsen

INHALT



BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Quo vadis, Strafvollzug ?
Limburger Urteil gegen
Vollzugsbedienstete schockiert
- 1 Vorhersehbar – kausal – objektiv
zuzurechen ... ???
Zwischenruf 2 aus Hessen
von Birgit Kannegießer
- 7 Arbeitstreffen der Tariffkommission
des BSBD
- 7 Unwägbarkeiten der Föderalismus-
reform sind bekannt –
AG Justiz trifft Bundesjustizministerin
Dr. Katarina Barley
- 8 Streikleiterkonferenz
tagte in Berlin
- 8 12. Deutscher Seniorentag:
Brücken bauen – Solidarität in der
Gesellschaft
- 9 Frauen 4.0:
„Ab durch die gläserne Decke“
- 10 Demokratie stand im Mittelpunkt
des Seminars
- 11 Ansehen des öffentlichen Dienstes
ungebrochen gut

LANDESVERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 27 Bayern
- 29 Berlin
- 34 Brandenburg
- 38 Hamburg
- 43 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 56 Niedersachsen
- 60 Nordrhein-Westfalen
- 74 Rheinland-Pfalz
- 80 Saarland
- 81 Sachsen
- 83 Sachsen-Anhalt
- 89 Schleswig-Holstein
- 93 Thüringen
- 86 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2018:

⇒ ⇒ **11. Dezember 2018**



Wir trauern um unseren langjährigen Kollegen, Weggefährten und Freund

Gerd Schulz

Ehrenvorsitzender des BSBD LV Thüringen
Träger der Ehrenmedaille des Thüringer Beamtenbundes



Er ist für uns alle unfassbar nach längerer, schwerer Krankheit im Alter von 63 Jahren verstorben.

Mit ihm verlieren wir einen verlässlichen Ratgeber, der wie kein anderer unseren Verband und die Arbeit des Hauptpersonalrates geprägt und sich stets für die Entwicklung des Thüringer Vollzuges, in erster Linie aber für die Belange der Beschäftigten eingesetzt hat.

Wir werden ihn stets in guter Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

BSBD Landesvorstand
Vorstand Thüringer Beamtenbund und Tarifunion (tbb)
BSBD Ortsverband Hohenleuben

BSBD-Ehrenvorsitzender Gerd Schulz am 10. September 2018 gestorben – *Ein Nachruf*

Gerd begann seine dienstliche Tätigkeit im Strafvollzug im März 1975 in der JVA Regis-Breitingen. Nach dem Abschluss des Grundlehrgangs im damaligen Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, wurde er am 01.12.1975 zur JVA Hohenleuben versetzt und war im Vollzugsdienst zu unterschiedlichsten Tätigkeiten eingesetzt.

Nach Absolvierung der Fachschule des Strafvollzuges in der Zeit von September 1979 bis Ende Juli 1981 war er in der Zentrale als ODH eingesetzt. Von 1990 bis 1993 war Gerd als Vollzugsdienstleiter der JVA Hohenleuben tätig und über einen längeren Zeitraum als Leiter der Sicherheitsgruppe des Landes Thüringen eingesetzt. Danach führte ihn der dienstliche Weg zunächst zur JVA Gera. Nach etwa fünf Jahren erfolgte die Rückkehr zur JVA Hohenleuben, wo ihm die Aufgaben des Sicherheitsbeamten übertragen wurden.

Bereits im Jahre 1990 hatte Gerd begonnen, sich auch außerhalb des

Dienstes ehrenamtlich für die Belange des Justizvollzuges und vor allem die der Beschäftigten einzusetzen. Er ist nicht nur Gründungsmitglied des Ver-



Festveranstaltung 20 Jahre BSBD Thüringen.

bandes der Strafvollzugsbediensteten Thüringen e.V., sondern gehört quasi zu den Gründungsvätern unseres Verbandes. Maßgeblich seinen Initiativen ist es zu verdanken, dass sich der Verband der Strafvollzugsbediensteten zur stärksten Interessenvertretung der im Strafvollzug tätigen Bediensteten entwickelt hat.

Dabei hat er einen großen Teil seiner Freizeit geopfert, was sicher nur möglich gewesen ist, weil seine Familie jederzeit Verständnis aufgebracht und ihn unterstützt hat.

Unser Dank gilt auch insbesondere seiner Ehefrau Sigrid, die ebenfalls auf Ebene des Ortsverbandes Hohenleuben für den BSBD tätig war.

In diesem Zusammenhang kann nicht unerwähnt bleiben, dass sich vor allem in ersten Jahren nach 1989 gerade der Strafvollzug und dessen Beschäftigte mit vielen Änderungen und Problemen auseinandersetzen mussten und sich insofern auch die Arbeit der berufsständ-



Treffen der Landesverbände Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen mit der polnischen Strafvollzugsgewerkschaft.
Fotos (4): BSBD Thüringen

dischen Vertretungen äußerst schwierig gestaltet hat. Gerd hat sich dabei immer als verlässlicher Partner und verlässlicher Ratgeber für die Beschäftigten eingesetzt und deren Interessen vertreten.

Am 01.02.1992 wurde Gerd zum stellvertretenden Landesvorsitzenden des Verbandes der Strafvollzugsbediensteten des Landes Thüringen gewählt. Im Oktober 1994 wurde er dann in den Hauptpersonalrat und zu dessen Vorsitzenden gewählt.

Bei den nachfolgenden Personalratswahlen wurde Gerd wiedergewählt und war ununterbrochen bis 2014 als Vorsitzender des Hauptpersonalrates tätig.

Im Frühjahr 2004 wurde Gerd zum Vorsitzenden unseres Landesverbandes gewählt und somit auch zum Mitglied des Landeshauptausschusses des Thüringer Beamtenbundes sowie des Bundeshauptausschusses des Bundes



Auszeichnung mit der Ehrenmedaille des tbb.

der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands. Gerd war aber auch über die Grenzen unseres Landes hinaus tätig. Zu diesen Aktivitäten gehörte sein En-

gagement bei der Kooperation der Südländer und dort insbesondere bei der Zusammenarbeit mit dem Bund der Strafvollzugsbediensteten Rheinland-Pfalz und dem Saarländischen Bund der Strafvollzugsbediensteten.

Aktiv hat Gerd auch bei der Vorbereitung und Gestaltung der Kooperationsvereinbarung der drei Landesverbände (Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen) mit der polnischen Gewerkschaft für Strafvollzug mitgewirkt.

Auf Grund seiner bevorstehenden Versetzung in den Ruhestand kandidierte Gerd bei den Personalratswahlen im Mai 2014 nicht mehr. In der Hauptausschusssitzung im November 2014 hat er dann, verbunden mit dem Hinweis, dass er uns auch zukünftig, wenn auch nicht als aktives Vorstandsmitglied aber als Ratgeber zur Verfügung

stehen wird, um seinen Rückzug aus dem Vorstand und die Entbindung von seinen Aufgaben als Vorsitzender gebeten.

Auf unserem 7. Verbandstag im April 2016 wurde Gerd zum Ehrenvorsitzenden gewählt und durch den Vorsitzenden des Thüringer Beamtenbundes mit der Ehrenmedaille des tbb ausgezeichnet.

Mit Gerd verliert der BSBD einen verlässlichen Ratgeber, der wie kein anderer unseren Verband von Beginn an und die Arbeit des Hauptpersonalrates über 20 Jahre lang geprägt und sich stets für die Entwicklung des Thüringer Vollzuges, in erster Linie aber für die Belange seiner Beschäftigten eingesetzt hat.

Gemeinsam mit seinen Angehörigen trauern wir um eine herausragende Persönlichkeit, die wir in guter Erinnerung behalten und der wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Der Landesvorstand



Wahl zum Ehrenvorsitzenden des BSBD Thüringen.

Der BSBD fordert konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten

Gespräch zum Personalkonzept am 25. Juni 2018 im Ministerium

Für den Thüringer Justizvollzug soll ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet werden. Dieses sollte nach der parlamentarischen Sommerpause dem Landtag vorgelegt werden. Der BSBD hat in einer umfangreichen Stellungnahme die derzeitige Personalsituation beschrieben und seine Erwartungen und Forderungen an und für ein Personalkonzept formuliert. Diese Stellungnahme wurde am 25. Juni 2018 dem TMMJV anlässlich eines Gespräches zu einem Entwurf des Konzepts, zu dem uns Herr Ministerialdirigent Schneider (Abteilungsleiter Justizvollzug im TMMJV) eingeladen hatte, übergeben.

An dem Gespräch haben Herr **Schneider** und Frau **Carl** (Personalreferentin in der Abteilung Justizvollzug im TMMJV) als Vertreter des Ministeriums, und Kollege **Allgäuer** und ich als Mitglieder des **BSBD** Landesvorstandes teilgenommen. Durch das TMMJV wurde dargestellt, dass ein Schwerpunkt des Konzeptes die von uns seit langem geforderte Personalbedarfsberechnung sein wird. Im Vorgriff auf das Ergebnis dieser Berechnung seien nach Mitteilung des TMMJV bereits mehr Stellen beim TFM gefordert worden, die Verhandlungen dauern noch an, ein Ergebnis läge allerdings noch nicht vor. Wir haben darüber hinaus viele konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten und hinsichtlich der Nachwuchsgewinnung gefordert, die aus unserer Sicht unerlässlich sind. Hierzu gehören vor allem die dringend erforderliche Personalverstärkung im AVD, die Eröffnung transparenter beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten, die Bündelung der Dienstposten von A 7 bis A 9, die Anhebung des Eingangsamtes, die Anpassung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten aber

auch ein faires und transparentes Beurteilungssystem. Aus unserer Sicht müssen viele Maßnahmen ergriffen werden, um unser Berufsbild und die Lage der Beschäftigten insgesamt zu verbessern.

Hierzu gehört neben den o.g. Maßnahmen auch die Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages im mittleren und gehobenen Dienst. Das TMMJV hat signalisiert, auch künftig in allen Laufbahnen am Einsatz von Beamten festzuhalten. Dies gelte insbesondere auch für Fachdienste bei Vorliegen der persönlichen Voraussetzungen. Dies ist aus unserer Sicht bereits ein kleiner Etappensieg, weil noch vor kurzem durch Arbeitsgruppen (oder eine einzelne Person?) ein umfangreicherer Einsatz von Tarifbeschäftigten diskutiert und als Vorschlag zur Verbesserung der Personalsituation gesehen und quasi als Allheilmittel angesehen wurde. Erwartungsgemäß sind wir insbesondere mit den Forderungen nach der Anhebung des Eingangsamtes im AvD, aber auch anderen Forderungen zur Verbesserung der Lage der Beschäftigten, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind, auf Widerstand gestoßen.

Wir haben unsere Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass Worte der Wertschätzung, auch wenn diese durchaus ehrlich gemeint sein mögen, nicht ausreichen, Wertschätzung kommt insbesondere auch durch die Besoldung zum Ausdruck. Auf jeden Fall werden wir von diesen Forderungen nicht abweichen. Wir haben auch gefordert, dass den neuen Erkenntnissen hinsichtlich des Baus und Betriebs einer gemeinsamen JVA mit Sachsen und der Verzögerung bei einer Umsetzung, unabhängig von der Frage, ob an dem Projekt festgehalten wird, Rechnung getragen werden muss. Wir haben uns nochmals dafür ausgesprochen, sich aus diesem Projekt zu verabschieden, auch wenn die Hürden dafür sehr hoch – aber nach unserer Auffassung nicht unüberwindbar – sind. An anderer Stelle dazu mehr, wir bleiben am Ball. ...

Mitglieder unseres Verbandes können die komplette Stellungnahme zum Personalkonzept im Intranet unserer Homepage nachlesen. Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Jörg Bursian, Landesvorsitzender

Gespräche mit Abgeordneten des Thüringer Landtages

Der BSBD setzt sich für die Belange der Beschäftigten im Justizvollzug ein

Über das Gespräch mit Herrn MdL Geibert (CDU), der inzwischen zum parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion gewählt wurde haben wir bereits beim parlamentarischen Abend des tbb im April im Vollzugsdienst 3/2018 berichtet.

Gelegenheit zu weiteren Gesprächen mit Abgeordneten ergaben sich bei den Jahresempfängen der **SPD-Fraktion** (27. Juni 2018), der Fraktion **DIE LINKE** (22. August 2018) sowie der **CDU-Fraktion** (23. August 2018).

Darüber hinaus waren wir zur Sitzung des Arbeitskreises Justiz der Fraktion **DIE LINKE** am 15. Mai 2018 sowie zur Sitzung des offenen Arbeitskreises Justiz der **SPD** am 12. Juni 2018 eingeladen.

In diesen Gesprächen haben wir auf die desolate Personalausstattung im Justizvollzug und die Probleme der Beschäftigten hingewiesen. In aller Deutlichkeit haben wir klar gemacht, dass die Regierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung (§ 108 ThürJVollzGB), die Anstalten mit dem erforderlichen Personal auszustatten, wissentlich nicht nachkommt und dies mittlerweile zu einer latenten Gefährdung der Sicherheit führt.

Zudem haben wir auch darauf hingewiesen, dass es dringend erforderlich ist, die Attraktivität einer Tätigkeit im Vollzug und die Lage der Beschäftigten deutlich zu verbessern.

Der Vollzug ist für die meisten Beschäftigten mit familienunfreundlichen Arbeitszeiten verbunden, was sich naturgemäß nur schwer und wenn über-

haupt nur teilweise ändern lassen wird. In diesem Zusammenhang muss aber insbesondere erwähnt werden, dass die Zulagen für solche Erschwernisse, die diese zumindest teilweise kompensieren sollen, in Thüringen erheblich unter den entsprechenden Zulagen anderer Länder und des Bundes liegen, obwohl es dafür keine sachliche Rechtfertigung gibt. Der **BSBD** fordert, diese Zulagen auf das Bundesniveau anzuheben. Zudem ist es immer noch so, dass sich viele Kollegen im AvD trotz langer Dienstzugehörigkeit im Eingangsamt befinden und auch im Eingangsamt in den Ruhestand versetzt werden. Dieser Umstand wurde auch vom Vorsitzenden der **CDU-Fraktion Mohring** bei seiner Begrüßung zum Jahresempfang der **CDU-Fraktion** kritisch angesprochen.

Die CDU will deshalb sogenannte Beförderungskorridore einführen.

Wir werden uns erkundigen, was dies für die Beschäftigten im Vollzug bedeuten würde, wobei wir uns allerdings für eine Anhebung des Eingangsamtes im AVD einsetzen werden. Hinzu kommt nämlich noch, dass die betreffenden Kollegen nach Vollendung des 46. Lebensjahres die letzte Erfahrungsstufe in der Besoldungstabelle A erreichen und dann von einer weiteren Besoldungserhöhung (von allgemeinen Steigerungen abgesehen) quasi ausgeschlossen werden.

Der BSBD hat darauf aufmerksam gemacht, dass die genannten Umstände aus unserer Sicht auch die, von bloßen Lippenbekenntnissen abgesehen, ausbleibende Wertschätzung der Politik gegenüber den Beschäftigten im Vollzug über viele Jahre zum Ausdruck bringt.

Unabhängig davon haben wir auch allgemein darauf hingewiesen, dass die zu Beginn des nächsten Jahres stattfindende Einkommensrunde zum Ausdruck bringen wird, was der Politik die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wirklich wert sind.

Jörg Bursian,
Landesvorsitzender

Willkommen beim dbb verlag



Der **dbb verlag** ist der Fachverlag des **dbb beamtenbund und tarifunion**.

Unsere Publikationen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes längst unentbehrlich. Themen wie Personalvertretungsrecht, Besoldung oder Laufbahnrecht werden von unseren Experten sorgfältig bearbeitet und kompakt und verständlich zusammengefasst. Geschätzt wird vor allem die Aktualität, die Sorgfalt und fachliche Kompetenz, die unsere Produkte kennzeichnen – auch über den Preis lässt sich nicht streiten.

www.dbbverlag.de

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 726 19 17-0
Telefax: 030 / 726 19 17-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Steht die Errichtung einer gemeinsamen JVA mit Sachsen vor dem Aus?

Ein dreistelliger Millionenbetrag über der Kostenschätzung führt zur Aufhebung der Ausschreibung

Bereits im Mai/Juni, noch vor den Veröffentlichungen in den Medien, war zu erkennen, dass dem Staatsvertrag zur Errichtung der neuen JVA Zwickau Mariental wieder mehr Aufmerksamkeit der Abgeordneten geschenkt wird.

Hintergrund ist vermutlich, dass im Mai die Angebotsfrist für die Auftragserteilung abgelaufen ist. Nach unserem Kenntnisstand lag nur ein Gebot vor, welches um einen dreistelligen Millionenbetrag über der Kostenschätzung gelegen haben soll. Daher wurde der Auftrag nicht erteilt und die Ausschreibung aufgehoben.

Nunmehr soll entgegen der früheren Bestrebungen versucht werden, die Bauleistungen in mehrere einzelne Aufträge zu teilen, auch um einen längeren Stillstand zu vermeiden. Aus dieser Verfahrensweise, die naturgemäß bereits mit längeren Projektzeiten verbunden ist, ergeben sich aber neue Risiken, insbesondere die von Vergabe-rechtsstreitigkeiten, aber auch weiteren Mehrkosten, beispielsweise, wenn Bauzeitverzögerungen in einzelnen Gewerken auftreten.

Die bloße Behauptung, dass es kostengünstiger sei eine größere JVA gemeinsam mit Sachsen zu errichten und zu betreiben, dürfte mittlerweile als widerlegt angesehen werden. Unsere auch im Vorfeld des Staatsvertrages geäußerten Befürchtungen, dass Thüringen mit diesem Vertrag ein unkalku-

lierbares finanzielles Risiko und viele Unsicherheiten eingeht, haben sich schon jetzt eindrucksvoll bewahrheitet. Ein Ende dieser Probleme ist zudem, genauso wie die voraussichtlichen Kosten oder die Bauzeit, nicht absehbar. Der Auffassung, dass das Projekt auf Grund der bereits entstandenen Kosten und der verstrichenen Zeit jetzt alternativlos sei, treten wir beharrlich entgegen, auch wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Staatsvertrag keine Ausstiegsklausel enthält und es deshalb schwierig sein wird, das Projekt aufzugeben. Es dürfte aber zumindest einleuchten, dass sich an einem Projekt mit geringerem Auftragsvolumen, also einer kleineren JVA, mehr Unternehmen an einer Ausschreibung beteiligen würden, als an einem Großprojekt, an welchem zudem noch zwei Bundesländer beteiligt sind.

Zudem würde der Freistaat Sachsen nach unserer Kenntnis mehr Haftplätze in der neuen JVA als ursprünglich vorgesehen benötigen und könnte insofern die neue JVA Zwickau Mariental komplett selbst errichten und betreiben.

Zumindest eine Aufhebung von Verträgen im beidseitigen Einvernehmen ist ja prinzipiell möglich.

Wir sprechen uns jedenfalls dafür aus, jetzt alle Möglichkeiten zum Ausstieg aus dem Projekt vorbehaltlos zu prüfen und zu nutzen, frei nach dem Motto „**Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende**“.

Der Landesvorstand

„Wandertag“ JVA Goldlauter

Bei schönem Wetter wandern kann jeder ...

... dachten wir uns und verlegten den zweiten Wandertag der JVA Goldlauter am 22. Juni 2018 gleich aufs Wasser. Kanu fahren war angesagt und 15 Kolleginnen und Kollegen sowie ein paar Familienangehörige trafen sich pünktlich 9.30 Uhr bei einer Kollegin im Garten.

Da man Kanu bekanntlich auf dem Wasser fährt, hatte sich der Wettergott wohl gedacht, er müsse uns auch gleich mal von oben nass machen, und mit 7,5°C und Nieselregen, dazu böiger Wind, hatte er es auch ganz besonders gut gemeint. Nur gut, dass sich die meisten wetterfest angezogen hatten,

Badeschuhe und kurze Hosen wurden gesichtet, aber auch Wintermütze und Handschuhe... Nun ja, die moderne Technik macht's möglich und so wurde recht schnell ermittelt, ab 11 Uhr regnet es wohl nicht mehr. Mh ..., na Hauptsache, das Wetter macht, was die „App“ verspricht. Egal, die Jungs von Kanureich.de holten uns pünktlich ab und es ging erst mal an den Startpunkt, in Henfstädt. Einfach mal unter den Sonnenschirmen (ja, sie helfen auch gegen Regen) gewartet, bis es „Elfe“ wird und dann mit Zähneklappern rein in die Boote. Zum Glück war das Wasser der Werra wärmer als die Außentemperatur und die Paddelei ging los. Trotz einiger



Fotos (8): BSBD Thüringen

kurzer, heftiger Regenschauer konnten wir die Fahrt genießen und hatten unseren Spaß, mit den Tücken des Flusses und unserer Kanus. Besondere Freude verbreiteten immer wieder die Wehre, wo sich die Frage stellte, drum-herumtragen oder fahren? Logisch, alle sind gefahren. Das war schon aufregend, manch einer suchte aus sportlichem Ehrgeiz auch die schwierigere Route.

Kurz vorm Ziel wurde uns empfohlen, doch mal auszusteigen, besser war's. Obwohl, nach fast zwei Stunden war sowieso keiner mehr trocken. Reingefallen ist niemand, und man soll sein Glück ja nicht allzu sehr strapazieren. Insgesamt ca. 2 ½ Stunden waren wir wohl unterwegs und es war wirklich ein riesen Spaß. Eiszapfen an der Nase hatte auch keiner, wobei, gewundert hätte es uns nicht. Ausklingen ließen wir diesen wirklich besonderen „Wander-“ Tag bei Alexandra im Warmen und Trockenen, bei Thüringer Bratwürsten und ein paar guten Kaltgetränken. Alles in allem ein ganz besonderes Erlebnis, das man gerne auch bei schönem Wetter mal machen könnte... Aber, bei schönem Wetter paddeln kann jeder. Danke an dieser Stelle an die Organisatoren, Helfer und Sponsoren.

Falk Notroff, OV Goldlauter



Der **Bund der Strafvollzugsbediensteten** vertritt, unter dem Dach des **DBB**, bundesweit die Interessen der 38.000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland. Besonders wegen der seit 1. Januar 2008 veränderten Länderkompetenzen ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit der **BSBD-Landesbünde** notwendig.

Die Aufgaben der Strafvollzugsbediensteten sind überaus vielfältig, anspruchsvoll und herausfordernd. Die Gesellschaft erwartet von

uns eine effektive Resozialisierung von Straftätern ebenso, wie den sicheren Schutz vor weiteren Straftaten. Die Bediensteten des Strafvollzuges bewegen sich folglich bei Tag und Nacht und an 365 Tagen im Jahr in einem Konflikt- und Spannungsfeld.

Der **BSBD**, der rund 70 Prozent aller Strafvollzugsbediensteten gewerkschaftlich organisiert, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen des Strafvollzuges und die der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten, damit diese nicht von der Politik übersehen werden können. Der **BSBD** tritt für die angemessene Teilhabe der Strafvollzugsbediensteten am wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft ein, kämpft aber zugleich für angemessene Rahmenbedingungen für einen behandlungsorientierten Strafvollzug in Deutschland.

Ein hoher Organisationsgrad und die bundesweite Bündelung und Vernetzung der Gewerkschaftsarbeit ist für die effektive Vertretung der Belange der Kolleginnen und Kollegen unerlässlich, um öffentlich Gehör zu finden. Je mehr Menschen von der Sicherheit schaffenden Wirkung des Vollzuges und von den berechtigten Forderungen des Strafvollzuges überzeugt werden können, desto eher wird die Politik bereit sein, unsere berechtigten Forderungen Stück für Stück zu erfüllen. „Um einer interessierten Öffentlichkeit, aber auch den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass eine starke und eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung unverzichtbar ist, hat der **BSBD** einen Imagefilm erstellt, der sowohl einen Einblick in den Vollzug gewährt als auch das Erfordernis zur solidarischen Wahrnehmung der eigenen Interessen betont.

Der Imagefilm kann unter www.bsbd.de aufgerufen werden.

Der BSBD ist die größte gewerkschaftliche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten in Deutschland.